

Hiltrud Breyer MdEP

Politik in Europa

Die Neuausrichtung der Pestizid-Zulassung: eine win-win Situation für alle

Positionspapier von Hiltrud Breyer MdEP

Am 23. Oktober 2007 hat das Europaparlament in erster Lesung über die Neuausrichtung der Pestizidzulassung in Europa abgestimmt, einer der wichtigsten umwelt- und Verbraucherschutzpolitischen Initiativen der Legislatur. Die Abstimmung hat Meilensteine gesetzt für den Umwelt- und Gesundheitsschutz in Europa, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Das Europaparlament hat unterstrichen, dass die Menschen in Europa besser vor gefährlichen Pestiziden geschützt werden müssen. Die Neuausrichtung der Pestizidzulassung mit klaren Verboten für hochgefährliche Stoffe, eindeutigen Regelungen zum Ersetzen giftiger Pestizide und wesentlichen Verbesserungen für die Verbrauchertransparenz ist eine win-win Situation für alle und stärkt langfristig den Wirtschaftsstandort Europa.

Deshalb ist die Totalverweigerung der Chemie- und Agrarlobby, die sich mit Händen und Füßen gegen jegliche Änderung bei der EU-Pestizidzulassung sträubt, kurzsichtig und widersinnig. Die Europäische Union steht nicht kurz vor Nahrungsmittelknappheit und Hungersnot, sondern sie vollzieht den längst überfälligen Richtungswechsel in der Pestizidpolitik.

Die Verbraucher erwarten von der Europäischen Union, dass sie sie ausreichend vor gefährlichen Pestiziden schützt. Zu oft ist ihnen der genussvolle Biss in Erdbeere und Apfel verleidet, wenn wie alle Jahre wieder gefährliche Rückstände von Pestiziden im Essen nachgewiesen werden. Laut einer Eurobarometer-Umfrage sind die Pestizid-Rückstände die größte Lebensmittelsorge der Europäer, noch vor Lebensmittelhygiene oder GVO-Produkten. Der Bio-Boom in Europa und der Erfolg von Pestizid-Kampagnen wie der von Greenpeace Deutschland machen deutlich, dass Verbraucher pestizidfreie Ware wollen. Die großen deutschen Lebensmittelketten haben reagiert und ihre Kontrollen verstärkt bzw. Grenzwerte verschärft. Durch die neue Pestizid-Verordnung kann das Vertrauen der Verbraucher in sichere Lebensmittel wieder hergestellt werden.

Es ist ein Ammenmärchen, dass Pestizide bei sachgerechter Anwendung keinerlei schädliche Wirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt haben. Pestizide sind per Definition gefährliche Chemikalien. Besonders heikel wird es, wenn sie in Kombination auftreten; die möglichen Schäden, die sich dadurch ergeben sind in vielen Fällen noch nicht ausreichend erforscht. Die Schadensschneise, die das langlebige DDT gezogen hat, das sich im Fettgewebe von Tieren und Menschen anreichert und über die Nahrungskette an die nächste Generation weitergegeben wird, sollte uns allen Warnung genug sein. DDT ist nicht das einzige Pestizid, das sich noch Jahre nach dem Verbot in Nahrungsmitteln und der Umwelt findet.

Pestizide machen bei ihrer Reise vor keiner Grenze halt. Beim Schutz vor gefährlichen Pestiziden hat die Europäische Union jedoch bisher versagt: das vor über zehn Jahren propagierte Ziel, die Anwendung der Pestizide beträchtlich zu reduzieren, ist verfehlt worden. Obwohl die Wirkstoffe in immer geringerer Dosis einsetzbar sind,

Hiltrud Breyer MdEP

hat sich der Verbrauch europaweit noch erhöht. Jährlich werden in der EU knapp 300.000 t Pestizide ausgebracht, die Mehrzahl davon in der Lebensmittelproduktion.

Als Berichterstatterin des EP-Umweltausschusses zur Zulassung von Pestiziden setze ich mich dafür ein, den Schutz vor gefährlichen Pestiziden zu verbessern, die Verbrauchertransparenz zu erhöhen und die hohen Umweltstandards der EU-Mitgliedsstaaten zu sichern. Das Europaparlament hat mir für dieses Anliegen seine breite Unterstützung gegeben.

Neuordnung der Pestizid-Zulassung: die wesentlichen Forderungen des Europaparlaments - Berichterstatterin Hiltrud Breyer -

1. Rote Karte für gefährliche Pestizide

Die derzeitige Pestizidzulassung ist nur unzureichend auf die Vermeidung von Umwelt- und Gesundheitsgefahren ausgerichtet. Reagiert wird meistens erst dann, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist: die Einschätzung über potenzielle Gefahren hinkt der Zulassung hinterher. Dieses Katz- und Mausspiel wird auf dem Rücken der Gesundheit der Verbraucher ausgetragen. Es gibt Pestizide, die aufgrund des Vorsorgeprinzips erst gar nicht in Europa zugelassen werden sollten. Dazu zählen solche die sehr langlebig sind, sich in der Umwelt und Lebewesen anreichern und dort giftig wirken (PBT-Stoffe) und jene, die krebserregende, erbgutverändernde und fortpflanzungsschädigende Eigenschaften haben (CMR-Pestizide).

Das fordert das Europaparlament:

- Klarer Ausschluss für CMR-Pestizide und solche, die das Hormonsystem schädigen. Von diesem Verbot wären nur 4,5% aller 507 in Europa zugelassenen Wirkstoffe betroffen
- Die Rote Karte auch für Pestizide, die immun- und neurotoxisch wirken
- Kombinationseffekte sollen stärker berücksichtigt werden. Allerdings besteht hier noch Verbesserungsbedarf: es kann nicht sein, dass dies erst geschehen soll, wenn die Testmethoden dazu vorhanden sind.

2. Substitution als win-win Situation

Die Übernahme des Substitutionsprinzips aus der EU-Chemikalienverordnung REACH ist ein entscheidender Schritt für den verbesserten Gesundheitsschutz in Europa, aber auch für die Wirtschaft. Denn gerade die Substitution stärkt den Wettbewerb in der Chemieindustrie. Es ist hanebüchen, wenn davor gewarnt wird, dass bis zur Hälfte aller Pestizide vom Markt verschwinden könnten.

Die EU-Kommission hat strenge Kriterien für die Substitution aufgestellt: 1. die Alternative muss ein deutlich geringeres Risiko für Gesundheit und Umwelt aufweisen (Faktor 10), 2. es muss eine vergleichbare Wirkung auf den Zielorganismus haben und 3. es dürfen keine wirtschaftlichen und praktischen Nachteile für die Verwender entstehen.

Das sieht das Europaparlament vor:

- Die Abgeordneten haben das Substitutionsprinzip gestärkt: Pestizide, die sogenannte Kandidaten für die Substitution sind, sollen nicht länger als 5 Jahre zugelassen sein, statt wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, 7 Jahre.

Hiltrud Breyer MdEP

3. Besserer Schutz sensibler Gruppen

Föten, Babys und Kinder sind in besonderem Maße den bedrohlichen Wirkungen der gefährlichen Chemikalien ausgeliefert. Sie durchlaufen noch die entscheidenden hormongesteuerten Entwicklungsschritte des Gehirns und nehmen durch höheres Atmungsvolumen, mehr Hautkontakt und höhere Nahrungsaufnahme mehr Pestizide auf. In Baby- und Kleinkindnahrung ist durch die EU-Richtlinie 2006/215/EG ein scharfer Höchstgrenzwert für Rückstände festgelegt. Füttern Eltern ihre Kinder jedoch mit frischem Obst und Gemüse, wird dieser Wert bis zu 200-fach überschritten.

Das Europaparlament hat beschlossen:

- Die Zulassung der Wirkstoffe und ihre Risikobewertung soll an den sensiblen Gruppen der Gesellschaft ausgerichtet werden. Das heißt im Klartext: wenn ein gesundheitsschädigender Effekt bei einem Säugling zu erwarten ist, dann darf dieser Wirkstoff keine Zulassung erhalten.
- Lebensmittel, die nicht der RL 2006/215/EG entsprechen, müssen gekennzeichnet werden als "Nicht für Kinder geeignet".

4. Mehr Transparenz für Verbraucher und Anwohner

Verbraucher haben das Recht auf sichere Lebensmittel und sauberes Wasser. Sie müssen die Möglichkeit haben, Politik mit dem Einkaufskorb zu machen. Die Zulassung und Anwendung von Pestiziden darf deshalb kein Buch mit sieben Siegeln sein. Es geht dabei nicht um die Offenlegung von Betriebsgeheimnissen, sondern darum, das Informationsrecht der Verbraucher zu sichern. Anwohner müssen Bescheid wissen, bevor giftige Sprühnebel durch ihre Wohnzimmer ziehen. Schluss mit Im-Nebel-Stochern brauchen wir in der Frage der Rückverfolgbarkeit. Es kann nicht sein, dass Pestizide die einzigen Reisenden ohne Pass sind und in giftiger Dosis auf unseren Tellern auftauchen.

Das fordert das Europaparlament:

- Die Einführung eines Pestizidpasses für den Groß- und Einzelhandel: damit kann zurückverfolgt werden, welches Pestizid wann eingesetzt wurde. Dies wird den Wettbewerb für gesunde Lebensmittel stärken und garantiert die Rückverfolgbarkeit entlang der Lebensmittelkette
- die Mitgliedsstaaten sollen entscheiden, ob Anwohner und Betroffene vor dem Ausbringen von Pestiziden informiert werden
- Berichterstattungen, Listen mit zugelassenen Pestiziden und toxikologische und ökotoxikologische Daten sollen im Internet für alle verfügbar sein

Bei den Verhandlungen zur 2. Lesung in den kommenden Monaten werde ich Verbesserungen einfordern beim Zugang zu wichtigen Daten und Informationen vor dem Sprühen.

5. Hohe Umweltschutzstandards sichern

Die EU-Kommission sieht als eine wesentliche Änderung die zonale Zulassung für Pestizid-Produkte vor, die die bisherige einzelstaatliche Entscheidung ersetzen soll. Die vorgeschlagene Aufteilung Europas in drei Zonen entspricht keinerlei ökologischen, klimatischen und naturräumlichen Kriterien. Es widerspricht dem

Hiltrud Breyer MdEP

Subsidiaritätsprinzip, dass ein EU-Mitgliedsstaat die Entscheidung über eine Pestizid-Zulassung an ein anderes Land - nicht die EU-Ebene - abgibt, ohne wirkliche Einspruchsmöglichkeiten zu haben.

Das hat das Europaparlament beschlossen:

- Keine Aufteilung Europas in drei Zonen, sondern Beibehaltung der nationalen Zulassung mit genau festgelegten Fristen.
- Stärkung des Umweltschutzes: Substanzen, die auf der Liste der "Prioritär gefährlichen Stoffe" der Wasser-Rahmenrichtlinie stehen, dürfen nicht zugelassen werden.
- Substanzen dürfen nicht giftig sein für Bienen.
- Die Zahl der Tierversuche soll verringert werden, eine zentrale Datenbank soll verhindern, dass Tierversuche doppelt durchgeführt werden.

Kein Gift im Einkaufswagen

Nicht nur bei der Zulassung, auch bei der Anwendung von Pestiziden besteht Verbesserungsbedarf, um die Sicherheit von Mensch und Umwelt zu gewährleisten. Das 6. EU-Umweltaktionsprogramm sieht die signifikante Reduktion von Pestiziden vor. Leider ist es nicht gelungen, in der Abstimmung zur Richtlinie über die Pestizid-Anwendung konkrete Reduktionsziele von 25 und 50% zu verankern. Die EU-Mitgliedsstaaten sind da schon weiter. Dänemark ist das leuchtende Beispiel, dass eine ambitionierte Pestizid-Reduktionspolitik möglich ist: die dänischen Bauern nutzen heute nur die Hälfte der Pestizide wie noch vor zwanzig Jahren, dank nationaler Aktionspläne mit konkreten Zielen.

Durch die Verordnung zur Zulassung und die Richtlinie zur Nachhaltigen Nutzung von Pestiziden hat das Europaparlament die einmalige Chance, die Systemumkehr in der Landwirtschaft auf den Weg zu bringen, weg von der intensiven Abhängigkeit von giftigen Pestiziden, hin zu geringer oder gar keiner Anwendung chemischer Wirkstoffe. Die verpflichtende Einführung des Integrierten Pflanzenschutzes IPM, mit seinen Leitlinien zur nachhaltigen Pflanzung und Bewirtschaftung, darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden.

Pestizide müssen endlich sicher sein! Ich hoffe auf die Unterstützung durch die EU-Mitgliedsstaaten, die im Mai ihren Standpunkt zur Pestizidzulassung verabschieden. Das Vertrauen der Menschen in Europa wächst nur, wenn sie sehen, dass ihre Interessen in der Europäischen Union nicht auf taube Ohren stoßen. Ich freue mich, dass wir mit der neuen Pestizid-Verordnung dem Gesundheit- und Umweltschutz neue Sternstunden bereiten.

Weitere Informationen zum Thema bei:

Hiltrud Breyer MdEP, 8 G 265 Rue Wiertz,
B - 1047 Bruxelles, Tel.: +32 2 284 5287
E-mail: hiltrud.breyer@europarl.europa.eu
www.hiltrud-breyer.eu



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament
www.gruene-efa.org